

Schicksalsfrage muslimische Zuwanderer

Ohne radikale Massnahmen wird die Zahl muslimischer Zuwanderer aus Afrika und Nahost in den nächsten Jahren rasant zunehmen.

Herodot 04.05.2018

Ich habe in diesem Blatt den Islam und die Muslime mehrfach gegen krude Vorurteile verteidigt und kürzlich Bassam Tibi widersprochen.

Mit seinem [Beitrag vom 23. April unter dem Titel «Europa am Scheideweg»](#) gehe ich jedoch vollkommen einig.

Wie Europa mit der muslimischen Zuwanderung und dem hier gelebten Islam umgeht, wird unser Schicksal entscheiden.

Die unsägliche Ignoranz bezüglich des Islam bis in höchste Sphären unserer Politik ist der Hauptgrund für die Gefahr, die Europa droht.

Christentum und Islam reiben sich seit 1400 Jahren aneinander.

Rund 900 Jahre hatte die islamische Welt kulturell, wirtschaftlich und militärisch die Oberhand und eroberte den grössten Teil der einst christlichen Welt von Irak über die iberische Halbinsel und den Balkan bis vor die Tore Wiens.

Dem Islam verdanken wir auch entscheidende Impulse für Renaissance und Aufklärung. Vor rund 500 Jahren wendete sich das Blatt.

Bei der Rückeroberung von Iberien und dem Balkan vertrieben die Christen Millionen von Menschen, die zum Islam übergetreten waren.

Schliesslich kolonisierten Frankreich und Grossbritannien praktisch die gesamte verbliebene islamische Welt.

Das Werk einer unheiligen Allianz

Trotz dieser intensiven und konfliktreichen Interaktion befasste man sich in Europa kaum mit dem Islam. Die sogenannte Islamwissenschaft blieb auf den akademischen Elfenbeinturm beschränkt und setzte sich vor allem mit der glorreichen Vergangenheit des Islam und kaum mit seiner heutigen Realität auseinander. Ihr Einfluss auf die politische und wirtschaftliche Elite blieb gleich null. **Deren Kenntnisstand des Islam war und ist geprägt von Vorurteilen und Naivität.**

So war es möglich, dass sich in den meisten westeuropäischen Staaten eine muslimische Diaspora von rund 5 Prozent der Bevölkerung bilden konnte, ohne dass sich die Politik ernsthaft darüber Gedanken gemacht hätte, was dies für unser Gesellschaft mittelfristig bedeutet.

Schicksalsfrage muslimische Zuwanderer

Man rekrutierte einfach möglichst billige Arbeitskräfte oder nahm grosszügig «Flüchtlinge» auf, auch wenn eine Mehrheit von ihnen die Heimat vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen verlassen hatte.

Lange Zeit hatte die Schweiz Jugoslawien als Rekrutierungsland für Arbeitskräfte definiert.

Als immer mehr Muslime aus Bosnien, Mazedonien und vor allem aus Kosovo kamen, wurde Jugoslawien Ende der 80er-Jahre von der Liste der Rekrutierungsländer gestrichen. Eine unheilige Allianz im Bundesrat, getragen von linkem Mitleid und rechter Bauern- und Gastgewerbelobby, schob indes das Inkrafttreten dieses Entscheids zwei Mal mit Mehrheiten von 4:3 hinaus. Als der Jugoslawien-Krieg ausbrach, wurde die Schweiz gewahr, dass sie die grösste Diaspora exjugoslawischer Muslime beherbergte und damit auch deren vor dem Krieg flüchtende Verwandtschaft anzog.

Man befasste sich zu wenig mit dem Islam

Mit der Religion der Zuwanderer und Neubürger befassten wir uns weiterhin nicht. Dies änderte erstmals mit der Minarett-Initiative, welche es – vereinfacht ausgedrückt – dank rechten Männern und linken Frauen in unsere Verfassung schaffte. Ein Weckruf waren dann die Terroranschläge in Europa aufgewachsener Muslime in Frankreich und anderswo. Aber eine breite Diskussion über die Problematik der Integration einer derart grossen Gruppe von Angehörigen einer anderen Religion, die sich seit 1400 Jahren in latentem Konflikt mit der christlichen Welt befindet, fand weiterhin nicht statt. Die Frage, ob die Religion von annähernd einer halben Million Bewohnern dieses Landes in unserem staatskirchlichen System irgendwie eingebunden werden sollte, stellte kaum jemand, obwohl muslimische Unternehmer Kirchensteuern für die katholische, reformierte und jüdische Religionsgemeinschaft bezahlen müssen.

Dazu hätte man sich auch vertieft mit den zahlreichen Strömungen und Tendenzen innerhalb des Islams befassen müssen. Dessen grösste Gemeinschaft, die Sunniten, kennen keine hierarchische Organisation, die sich etwa mit dem Katholizismus vergleichen liesse. Daher gibt es auch keine Gesprächspartner, die für alle oder auch nur schon einen Grossteil der Muslime verbindlich auftreten könnten.

Lange überliess man die religiöse Betreuung der hiesigen Muslime weitgehend dem laizistischen türkischen Staat.

Schicksalsfrage muslimische Zuwanderer

Nur schien niemand zu bemerken, dass dieser seit nunmehr 15 Jahren von einer fundamentalistischen Partei regiert wird, die das staatliche Religionswesen vollkommen umkrempelte, und dass die Zusammensetzung der muslimischen Gemeinschaft seit den Balkankriegen und der Masseneinwanderung aus Afrika viel bunter geworden ist.

Kein Angebot für gemässigte Muslime

Ebenso wenig befasste man sich mit der Problematik der Indoktrination hiesiger Muslime durch vorwiegend von fundamentalistischen Golfstaaten und deren Stiftungen finanzierte Prediger aus dem Ausland, denen man bereitwillig Aufenthaltsbewilligungen und gar Sozialhilfe gewährte. Die grosse Mehrheit der gemässigten Muslime findet daher heute kaum ihr entsprechende religiöse Angebote. Noch sind trotz all dieser Versäumnisse die Muslime der Schweiz besser integriert als in den Nachbarländern, vor allem dank der kleinräumigen politischen Strukturen und der Berufslehre. Via Personenfreizügigkeit importieren wir aber auch problematische Personen aus den Nachbarstaaten.

Ohne radikale Massnahmen wird zudem die Zahl muslimischer Zuwanderer aus Afrika und Nahost in den nächsten Jahren rasant zunehmen. Die Situation in manchen dieser Länder ist politisch, wirtschaftlich und demografisch praktisch aussichtslos, und der Klimawandel wird schon bald manchenorts für akute Wassernot sorgen.

Wegen der Familienzusammenführung und der weit verbreiteten Gewohnheit, Ehepartner aus der alten Heimat zu holen, folgen jeder aufgenommenen jungen Person mehrere weitere nach. Wenn wir jährlich 10 000 junge Muslime aufnehmen, bedeutet dies über kurz oder lang ein Wachstum der muslimischen Bevölkerung um rund 50 000 Personen, in zehn Jahren also um 500 000. Mit der bisherigen Vogel-Strauss-Politik bezüglich der muslimischen Zuwanderung steuern wir auf eine Katastrophe zu.

Eine offene Diskussion, auch mit den hier lebenden Muslimen, ohne Tabus, aber mit Sachkenntnis und getragen von gegenseitigem Respekt tut dringend Not. Wir müssen einen Konsens darüber finden, wie viele Muslime unser Land aufnehmen kann und wie es sie integriert, welche diesbezüglichen Anstrengungen es von ihnen verlangt und wie weit es bereit ist, ihnen entgegenzukommen. Diese Frage betrifft uns alle und entscheidet die Zukunft unserer Kinder.